

71. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 14./15. April 2018 in Siegen

Seite 1

Beschluss Nr. A 18-2-01

1 **Antragstitel: Die Zukunft Europas gestalten**

2
3 **Antragsteller: Landesvorstand der FDP NRW**

4
5 Der Landesparteitag beschließt:

6
7 Die Europäische Union (EU) hat uns Europäern Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht. Im
8 Zuge der Europäischen Integration haben die EU-Mitgliedstaaten einen Raum des Rechts und
9 der gemeinsamen Regeln geschaffen. Doch viele ihrer Bürger verbinden die EU heute mit der
10 Krise in der Währungsunion, der Uneinigkeiten in der Flüchtlingsfrage oder den zähen Verhand-
11 lungen mit dem Vereinigten Königreich über seinen Austritt aus der EU. Zudem sieht sich die EU
12 konfrontiert mit neuen Ressentiments von rechts und links, Nationalismus, Abschottung und
13 Alleingängen. In seiner Rede an der Sorbonne im September 2017 hat der französische Präsi-
14 dent Macron umfassende Reformpläne für die EU vorgestellt. Diese Initiative gilt es aufzugrei-
15 fen und Europas Zukunft aktiv zu gestalten.

16
17 **1. Für ein Europa des Handels, der Digitalisierung und der Innovation**

18
19 Das europäische Friedensprojekt basiert auch auf der wirtschaftlichen Freiheit. Deswegen set-
20 zen wir Freie Demokraten uns für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein. Konkret
21 bedeutet das die Durchsetzung der Grundfreiheiten freier Warenverkehr, Dienstleistungsfrei-
22 heit, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, Forscher und Unternehmer und Kapi-
23 talverkehrsfreiheit. Nur in einem funktionierenden Binnenmarkt finden europäische Unterneh-
24 men eine optimale Umgebung, um zu wachsen und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu
25 erlangen. Damit schafft der Binnenmarkt die Grundlage für neue und sichere Arbeitsplätze.

26
27 Darüber hinaus wollen wir den digitalen europäischen Binnenmarkt. Laut Schätzung der Europä-
28 ischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und
29 hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Bislang haben die Mitgliedstaaten
30 alle ihren eigenen digitalen Markt mit je unterschiedlicher Regulierung. Diese Märkte sind zu
31 klein im globalen Wettbewerb, zudem bestehen Hindernisse beim Grenzübertritt für Verbrau-
32 cher. Das wollen wir ändern, indem wir Barrieren abbauen. In einem Binnenmarkt kann es keine
33 Rolle spielen, von welchem Ort aus Verbraucher auf Internetseiten zugreifen, um einen Kauf
34 abzuschließen. Europa braucht eine Trendwende hin zu Innovation und Investitionen, vor allem
35 im Bereich der Digitalisierung. Deshalb fordern wir eine europäische Gründerkultur, die insbe-
36 sondere jungen Menschen ermöglicht, EU-weit unbürokratisch zu gründen

37
38 Diese beinhaltet auch die Durchsetzung fairer Bedingungen gegenüber den globalen Plattform-
39 unternehmen sowie die Bereitschaft zur Stärkung der eigenen Digitalkompetenzen etwa im
40 Bereich Künstliche Intelligenz. Voraussetzungen dafür sind, private Investitionen in Europa atr-
41 traktiv zu machen und öffentliches Investitionskapital für Innovationen zu nutzen. Deswegen
42 sollte die EU eine Forschungsoffensive zu künstlicher Intelligenz und modernster Robotik aufle-
43 gen. Wir sind offen für mehr Kooperation der Industrie. Entscheidend ist, das Klima für private
44 Investitionen zu verbessern und den freien Verkehr von Kapital innerhalb der Eurozone weiter
45 zu stärken. Dabei kommt der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine entscheidende Rolle zu.
46 Sie sollte weiter gestärkt werden, da durch sie die EU Investitionen statt Subventionen fördert.

47
48 In Zeiten, in denen Protektionismus, Populismus und Nationalismus wieder salonfähig werden,
49 muss Europa gemeinsam für seine wirtschaftlichen Interessen und den freien und fairen Welt-
50 handel eintreten. Freier Handel sichert Fortschritt und Frieden weltweit. Er schafft Arbeitsplätze
51 und Wachstum, ohne die Staatshaushalte zusätzlich zu belasten. Wir Freie Demokraten setzen
52 uns für Freihandelsabkommen und den Abbau von Handelshemmnissen ein ohne unsere hohen
53 Standards bei Menschenrechten, Arbeits-, Lebensmittel- und Umweltsicherheit zu relativieren.
54 Damit eröffnen Freihandelsabkommen auch die Chance, der Globalisierung Regeln zu geben.

55

1 Auch in der Frage der Energiepolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen. Wir befürworten
2 ausdrücklich das Klimaschutzabkommen von Paris, welches alle Länder in die Pflicht zur Redu-
3 zierung von Treibhausgasemissionen nimmt. Europa sollte sich hier an die Spitze der Bewegung
4 setzen und seine Industrien erneuern und weltweit zu den modernsten und umweltfreundlich-
5 sten entwickeln – aber mit marktwirtschaftlichen Instrumenten. Statt über das Verbot von Ver-
6 brennungsmotoren zu diskutieren, ist der Emissionshandel auf den Verkehr auszuweiten. Zur
7 Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen muss sich Europa für ein gemeinsames weltweites
8 CO₂-Regime einsetzen.

10 **2. Für ein Europa der Forschung und Bildung**

11
12 Europa bietet uns Chancen für bessere Forschung und bessere Bildung. Zentrale Voraussetzung
13 für die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wissenschaft und Forschung ist der
14 Wettbewerb um die besten Köpfe in Europa. Nur so kann die kritische Masse erreicht werden,
15 um in den relevanten Zukunftsfeldern auch künftig mithalten zu können. Funktionierender
16 Wettbewerb auf europäischer Ebene setzt zwingend ein hinreichendes Maß an Autonomie und
17 dezentraler Verantwortung auf nationaler und regionaler Ebene voraus. Darin sehen wir keinen
18 Widerspruch zu einem leistungsfähigeren Europa, sondern eine notwendige Voraussetzung
19 dafür.

20
21 Wir Freien Demokraten stehen für Strukturreformen und Bildungsoffensiven. Ein duales Bil-
22 dungssystem ist ein Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, ergänzt durch
23 flexible Arbeitsmärkte. Wir Freie Demokraten fordern mehr grenzüberschreitenden Austausch
24 durch europäische Programme für Schüler und Studierende und mehr Investitionen in For-
25 schung und Bildung. Deutschland sollte sich für den Ausbau europäischer Austauschprogramme
26 wie ERASMUS plus einsetzen und FreeInterrail unterstützen, damit alle Jugendlichen Europa im
27 wahrsten Sinne des Wortes erfahren können.

28
29 Gleichzeitig wollen wir die im Rahmen des Bologna-Prozesses begonnene Schaffung eines euro-
30 päischen Hochschulraumes weiter vertiefen. Dazu schlagen wir einen einheitlichen europäi-
31 schen Semesteranfangskorridor vor, um Auslandsaufenthalte zu vereinfachen. Gleichzeitig un-
32 terstützen wir den Vorschlag des französischen Präsidenten Macron zur Einrichtung europäi-
33 scher Universitäten mit besonderer pädagogischer Neuerung und exzellenter Forschung, bei
34 denen jeder Studierende im Studienverlauf im europäischen Ausland studiert und Seminare in
35 mindestens zwei europäischen Sprachen belegt. Insgesamt wollen wir Doppelabschlüsse an
36 europäischen Partnerhochschulen stärken. Langfristig streben wir eine fünfte europäische
37 Grundfreiheit, die Freiheit für Wissen innerhalb der EU an.

40 **3. Für ein Europa der gemeinsamen Werte, Kultur und Bürgerrechte**

41
42 Das europäische Projekt basiert auf einer gemeinsamen, friedensstiftenden Werteordnung der
43 europäischen Bürger. Es ist nicht ein Europa der Wirtschaft, Behörden und Institutionen, son-
44 dern ein Europa der Menschen. Sie teilen gemeinsame Geschichte und Kultur, die geprägt ist
45 von regionaler Vielfalt. Zu den Werten zählen der vorurteilsfreie kulturelle Austausch, das Be-
46 kenntnis zu Bürgerrechten und der größtmöglichen Freiheit und Selbstbestimmung des Einzel-
47 nen in der Tradition der Aufklärung sowie die Existenz eines funktionierenden institutionellen
48 Rechtsstaats.

49
50 Die Freien Demokraten stehen ein für diese Werte und wollen sie verteidigen. Gegenüber den
51 europäischen Partnerländern setzen die Freien Demokraten auf Dialog und Überzeugungskraft.
52 Wo Freiheits- und Bürgerrechte entgegen der EU-Grundrechtecharta eingeschränkt oder fun-
53 damentale Grundsätze rechtsstaatlicher Ordnung missachtet werden, müssen der Europäischen
54 Union wirksame Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen.

55 Es ist für die Freien Demokraten selbstverständlich, dass u.a. die Gewährung finanzieller Mittel
56 an einen Mitgliedstaat an die Einhaltung der gemeinsamen Werte, der Wahrung von Bürger-

1 rechten und die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft sein
2 müssen. Sanktionsmechanismen müssen so ausgestaltet sein, dass sie nicht durch eine kleine
3 Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können.

4 **4. Für ein Europa der gemeinsamen Wirtschaft und Währung**

6 Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein Meilenstein der europäischen Einigung. Sie hat zu
7 Wachstum und Wohlstand geführt. Allerdings bestehen nach wie vor zum Teil große strukturelle
8 Unterschiede zwischen ihren einzelnen Mitgliedstaaten.

10 Die drei wichtigsten Fundamente einer funktionierenden Währungsunion sind stabile Haushalte
11 in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone, wettbewerbsfähige Volkswirtschaften und ein solider
12 Finanzsektor. Deswegen muss Europa Anreize für Reformen und solides Wirtschaften stärken.
13 Fiskalische Regeln müssen befolgt werden. Es ist ein Sanktionsmechanismus nötig, der greift,
14 wenn der Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt wird, unabhängig davon, um welches Land es
15 sich handelt.

17 Auch müssen die Schulden der Mitgliedsländer auf ein tragfähiges Niveau gesenkt werden. Dies
18 gilt insbesondere für Staaten, die trotz Anpassungsprogramms nicht in der Lage sind, sich am
19 Markt zu refinanzieren. Dafür braucht der Euroraum ein Umschuldungsverfahren. Wir Freie
20 Demokraten lehnen die gemeinschaftliche Finanzierung von Schulden und einen eigenen Haus-
21 halt der Euro-Zone ab. Die Mitgliedstaaten der Eurozone dürfen auch in Zukunft nicht verpflich-
22 tet werden, für die Schulden anderer Mitgliedstaaten einzustehen.

24 Wir begrüßen die Idee einer Bankenunion und setzen uns für eine gemeinsame EU-
25 Finanzaufsicht und einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für Banken ein. Damit wollen
26 wir sicherstellen, dass nicht der Steuerzahler, sondern der Finanzsektor für Bankenschieflagen
27 aufkommt. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im europäischen Raum lehnen wir
28 jedoch ab.

30 Hilfen für andere Euro-Länder müssen an Auflagen gekoppelt werden. Vor diesem Hintergrund
31 befürworten wir die Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen
32 unabhängigen Europäischen Währungsfonds – wenn dieser intergouvernemental verfasst ist,
33 der Parlamentsvorbehalt der Mitgliedstaaten gesichert bleibt und dieser den Grundsatz „Hilfe
34 nur gegen Reformen“ sicherstellt.

38 **5. Für ein Europa der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit**

39 Wir Freien Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in
40 Europa. Wir stehen zu dem Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit
41 und Sicherheit trägt. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen geeint auftreten, kann Euro-
42 pas Stimme an Gewicht gewinnen. Das bedeutet auch die Stärkung der Position der Hohen
43 Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Nur wenn es Europa gelingt, auch in den
44 strittigen Fragen eine gemeinsame Antwort zu geben, wird es als Friedensmacht ernst genom-
45 men. Deswegen setzen wir uns für die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der GASP
46 und einen konsequenten Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten ein, auch abseits der europäi-
47 schen Verträge. Auch einzelne EU-Staaten sollen zusammenarbeiten, wenn es ihre Fähigkeiten
48 und Sicherheit erhöht.

50 Darüber hinaus unterstützen wir die Europäische Verteidigungsunion. Wir begrüßen den Be-
51 schluss für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) Ende 2017 als überfälligen Start-
52 schuss. Jetzt geht es darum, diese mit Leben zu erfüllen und gezielt Fähigkeitslücken zu schlie-
53 ßen. In der PESCO müssen gemeinsame Fähigkeiten und Mittel effizienter eingesetzt werden.
54 Das kann nur gelingen, wenn die beteiligten 25 EU-Mitgliedstaaten sich aktiv einbringen und
55

1 Verantwortung übernehmen. Deshalb braucht sie ein noch stärkeres deutsches Engagement
2 und eine starke deutsch-französische Zusammenarbeit.

3
4 **6. Für ein Europa, das die Herausforderung der Migration annimmt und gestaltet**

5
6 In der Flüchtlings- und Asylfrage hat die EU immer noch keinen gemeinsamen Ansatz. Alle bis-
7 herigen Regelungen haben sich als nicht praktikabel erwiesen: Weder die Dublin-Verordnung
8 noch der vereinbarte Verteilungsmechanismus unter den Mitgliedstaaten. Auch die Vereinba-
9 rungen mit der Türkei können nur ein Element einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik sein.

10
11 Nächster Schritt muss ein europäisches Asylrecht sein. Dieses sollte einen europaweiten Vertei-
12 lungsschlüssel beinhalten, der auf Solidarität aller Mitgliedstaaten basiert und bei Nichteinhal-
13 tung Sanktionen ermöglicht. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte es einzelnen Mitglied-
14 staaten allerdings möglich sein, das Kontingent der ihnen zugeteilten Flüchtlinge zu reduzieren,
15 etwa bei einem verstärkten Engagement bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen. Wir müssen
16 zudem den europäischen Rechtsrahmen für ein modernes Einwanderungsrecht weiterentwi-
17 ckeln, das klar zwischen Flucht und Asyl einerseits und arbeitsmarktbezogener Einwanderung
18 andererseits unterscheidet.

19
20 Vor diesem Hintergrund muss die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
21 (Frontex) weiter ausgebaut werden. Es ist richtig, dass das Europäische Unterstützungsbüro für
22 Asylfragen (European Asylum Support Office EASO) vor Ort gestärkt wird. Wir brauchen außer-
23 dem eine europäische Grenz- und Küstenwache überall dort, wo ein Mitgliedstaat mit dem
24 Zustrom an Drittstaatsangehörigkeiten überfordert ist.

25
26 **7. Für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten**

27
28 Die europäische Integration bleibt angesichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeiten der Mit-
29 gliedsstaaten eine Herausforderung. Deshalb wollen wir Freie Demokraten verschiedene Mög-
30 lichkeiten für unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der weiteren Integration stär-
31 ken und ausbauen. Mitgliedstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur lang-
32 samer teilnehmen wollen, sollten die anderen nicht aufhalten. Vor diesem Hintergrund wollen
33 wir mehr Gebrauch von den Möglichkeiten der „Verstärkten Zusammenarbeit“ machen. Wo ein
34 gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindig-
35 keiten politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale
36 Gegebenheiten.

37
38 **8. Für ein Europa mit einer modernen Landwirtschaft**

39
40 Europa braucht eine starke, innovative und leistungsfähige Landwirtschaft. Die FDP NRW setzt
41 sich dafür ein, dass die Eigentumsrechte der land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Unter-
42 nehmer gewahrt werden. Der Landwirtschaft muss ermöglicht werden, ihr Einkommen am
43 Markt zu erwirtschaften und damit von Subventionen unabhängig zu werden. Dafür sind Wett-
44 bewerbungsverzerrungen abzubauen und Verfahren praxisgerecht zu gestalten. Die freiwerdenden
45 Mittel könnten stattdessen für Zukunftsinvestitionen in anderen Bereichen genutzt werden“. In
46 der Landwirtschaft wollen wir auf Innovation statt auf Fläche- und Bestandssubvention setzen.
47 Hierzu wollen wir die Chancen der Digitalisierung und Automatisierung für eine marktwirt-
48 schaftliche und nachhaltige Landwirtschaft stärker in den Fokus rücken.

49
50 **9. Für ein Europa, das das Leben der Menschen erleichtert**

51
52 Junge Europäerinnen und Europäer sollen Lust bekommen, die Zukunft der EU mitzugestalten.
53 Daher sollen europäische Programme für die hochschul-, schulische und berufliche Bildung und
54 der Europäische Freiwilligendienst weiterentwickelt werden. Ausbildungsbetriebe, Schulen,
55 Fachhochschulen und Universitäten sollen Partnerschaften eingehen. Diese Partnerschaften

71. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 14./15. April 2018 in Siegen

1 sollen einen unbürokratischen Auslandsaufenthalt für Schüler, Auszubildende und Studierende
2 ermöglichen.

3

4 Ein gelebtes Europa drückt sich auch in dem sogenannten „Kleinen Grenzverkehr“ aus: Bürge-
5 rinnen und Bürger sollen öffentliche Einrichtungen im europäischen Nachbarland wie Kranken-
6 häuser, Kitas, Schulen, Universitäten ohne bürokratische Hindernisse nutzen können.

7

8 Für das Funktionieren Europas ist wichtig, dass die Menschen nicht nur in der Weltsprache Eng-
9 lisch, sondern auch in der Sprache des jeweiligen Nachbarlandes kommunizieren können. Nie-
10 derländisch, Französisch, Dänisch, Polnisch, und Tschechisch sollen daher flächendeckend in der
11 jeweiligen Grenzregion als freiwillige Fremdsprache bereits in den Grundschulen angeboten
12 werden.

13

14